

569/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Maria Schaffenrath, Helmut Peter und PartnerInnen  
betreffend Reform der Lehrlingsausbildung durch Erweiterung des regionalen  
Entscheidungsfreiraumes in der Zusammenarbeit der Ausbildungspartner  
Alljährlich wird der Politik ihr Versagen drastisch vor Augen geführt, wenn  
Österreichs Pflichtschulabgänger eine Lehrstelle suchen. Nicht nur, daß das  
Schicksal der Jugendlichen, die keine Chance auf eine adäquate Ausbildung  
bekommen, dringenden Handlungsbedarf aufzeigt, ist es auch für die im  
internationalen Wettbewerb stehende österreichische Wirtschaft unabdingbar, von  
gut ausgebildeten Fachleuten in allen Bereichen getragen zu werden. Dazu bedarf  
es nicht zuletzt einer Attraktivierung der Lehre, die nicht mit kosmetischen  
Detaileingriffen erreicht werden kann, sondern ein Umdenken - eine echte Reform -  
erfordert und auf einem völlig neuen Gesamtkonzept basiert.

Eine Erweiterung des Entscheidungsfreiraumes in der Zusammenarbeit der  
Ausbildungspartner erscheint insbesondere geeignet, um regionalen  
Besonderheiten im Interesse aller Beteiligten gebührend Rechnung tragen zu  
können.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten daher  
nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung<sup>1</sup> insbesondere die Bundesministerin für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, wird aufgefordert, dem Parlament im Interesse der Lehrstellensuchenden, der Lehrlinge und des Wirtschaftsstandortes Österreich im Rahmen einer umfassenden Reform des dualen Ausbildungssystems ein Konzept für die Erweiterung des regionalen Entscheidungsfreiraumes in der Zusammenarbeit der Ausbildungspartner vorzulegen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsschuß beantragt.